

# Zehn Fragen an die Wirtschaftswissenschaften und die Wirtschaftspolitik – und ein alternatives wirtschaftliches Reformkonzept zur Güte

VON

Egbert Scheunemann

Stand: 5. November 2004

(Leichte Überarbeitung der Version vom 19. Juli 2004)

Viele kritische Zeitgenossen, die sich mehr und mehr um die ökonomische Entwicklung in Deutschland und vor allem um die immer weiter steigende Massenarbeitslosigkeit sorgen, beobachten seit langer Zeit eine eigentümliche Koalition fast aller Parteien, der Medien wie auch der Wirtschaftswissenschaften bei der einvernehmlichen Analyse der Ursachen der Massenarbeitslosigkeit und hinsichtlich der anvisierten Wege zu ihrer Überwindung. Fast konsensual wird uns tagein, tagaus gesagt: Schuld an der Massenarbeitslosigkeit sind zu hohe Löhne, zu hohe Sozialabgaben, eine zu hohe Staatsquote u.ä. Deutschland müsse durch entsprechende soziale Einschnitte wieder international wettbewerbsfähig gemacht werden; Steuersenkungen führten zu höheren Gewinnen, zu mehr Investitionen und damit zu mehr Beschäftigung. Die Verschärfung des internationalen Konkurrenzdruckes im Zuge der ökonomischen Globalisierung oder auch die Vergreisung unserer Gesellschaft ließen zu dieser angebotsorientierten (neoliberalen) Wirtschaftspolitik und den etwa in der „Agenda 2010“ konzipierten „Sozialreformen“ keine Wahl. So sagt etwa der *Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung* in seinem Jahresgutachten 2003/04, die Bundesregierung ginge mit ihrer neoliberalen Wirtschaftspolitik (in Kurzform könnte man diese in den Slogan fassen: *Gewinne hoch, Löhne und Sozialleistungen runter*) in die „richtige Richtung“.<sup>1</sup>

Das Wundersame ist, dass KEINE dieser Behauptungen einer empirisch-wissenschaftlichen Analyse standhält. In Form einiger Fragen an die Wirtschaftswissenschaften wie die Wirtschaftspolitik möchte ich dies im Folgenden aufzeigen:

1. Es wird oft gesagt, wir könnten uns den Sozialstaat nicht mehr leisten – soziale Einschnitte seien also unabdingbar. Warum können wir uns aber den Sozialstaat nicht mehr leisten, obwohl im Jahre 2003 das Bruttoinlandsprodukt (BIP) um weit über EINE BILLION D-Mark (genau: 608 Milliarden €) größer war als 1991 (erste gesamtdeutsche Rechnung)? Und das bei ABNEHMENDER BEVÖLKERUNGSZAHL? Nochmals: Warum können wir uns bei ABNEHMENDER BEVÖLKERUNGSZAHL heute ei-

---

<sup>1</sup> Alle im Folgenden genannten Zahlen und Zitate stammen aus diesem Jahresgutachten (zum download bereit unter: <http://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de>) oder aus den öffentlich zugänglichen Quellen des Statistischen Bundesamtes (<http://www.destatis.de>).

nen Sozialstaat WENIGER leisten als vor 12 Jahren, obwohl wir inzwischen pro Jahr ein um über EINE BILLION DM GRÖßERES BIP produzieren? (BIP 1991: 1502 Mrd. €, BIP 2003: 2110 Mrd. €.)

2. Wegen der Vergreisung unserer Gesellschaft? Warum soll diese POSITIVE Entwicklung (wir wollen ALLE möglichst alt werden!) ein Problem sein, wenn die gesamtwirtschaftliche Produktivität alljährlich zwischen 1,5 und 2,5 Prozent wächst, die Vergreisung (Wachstum des Anteils der über 65 Jahre alten Menschen an der Gesamtbevölkerung) aber nur (je nach Studie) um 0,5 bis 1 Prozent?

3. Warum müssen wir via Sozialstaatskürzungen WIEDER international wettbewerbsfähig werden? Deutschland IST seit langen Jahren Exportweltmeister pro Kopf mit WEITESTEM Abstand! Deutschland exportiert pro Kopf etwa doppelt so viel wie DAS Exportland Japan! Die deutsche Volkswirtschaft ist international (in der Summe) so wettbewerbsfähig wie KEINE andere Volkswirtschaft! Und wenn der Weg, über Sozialleistungs- und Lohnkürzungen die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Volkswirtschaft NOCH weiter zu steigern, der richtige sein sollte – ab wann werden wir wieder Vollbeschäftigung haben? Wenn wir drei mal oder vier mal soviel pro Kopf exportieren wie unsere nächsten Konkurrenten auf dem Weltmarkt? Oder fünf mal soviel? Da ja jeder Exportüberschuss hier ein Exportdefizit dort bedeutet – werden unsere Weltmarktkonkurrenten dieser Strategie ungerührt zusehen?

4. Die Gewinne steigen seit langen Jahren sehr viel schneller als die real (also inflationsbereinigt) eher stagnierenden Nettolöhne oder gar die Sozialleistungen (die für den Einzelbetroffenen fast durchweg schrumpfen). Wenn die Strategie der Anreizung von Investitionen und damit von Beschäftigung via Senkung des Spitzensteuersatzes schon in der Vergangenheit nicht funktioniert hat (der Spitzensteuersatz in der BRD lag vor langen Jahren mal bei fast 60 Prozent, wurde Schritt um Schritt auf heute 45 Prozent gesenkt, soll demnächst auf 42 Prozent und zukünftig auf 35 Prozent sinken) – ab wann wird sie funktionieren? Wenn der Spitzensteuersatz auf 25 oder gar irgendwann auf 15 Prozent gesenkt wird? Werden die Unternehmer dann endlich kräftig investieren und Vollbeschäftigung schaffen?

5. Der Abstand zwischen den Einkommen des oberen Fünftels der Einkommenspyramide oder gar der Spitzeneinkommen einerseits und dem unteren Fünftel und gar der Sozialeinkommen andererseits hat sich in den letzten Jahren dramatisch vergrößert (400 € Sozialhilfe pro Monat hier, mehr und mehr Einkommensmillionäre dort). Wie groß muß die Einkommenskluft noch werden, damit sich „Leistung endlich wieder lohnt“? Werden wir erst dann wieder Vollbeschäftigung haben, wenn „die da oben“ nicht nur das Dreihundertfache von denen „da unten“ verdienen – sondern irgendwann gar das Tausendfache?

6. Die Produktivität der deutschen Volkswirtschaft wächst, wie gesagt, jährlich zwischen 1,5 bis 2,5 Prozent. Das ist der immer intensiveren Ver-

wissenschaftlichung des Produktionsprozesses (technischer Fortschritt, Automation, Robotisierung etc.) „geschuldet“. Warum müssen wir, wie neuerdings reihum gefordert wird, MEHR arbeiten (in Richtung der 40-, ja 42-Std.-Woche), wenn uns die Roboter immer mehr Arbeit ABNEHMEN? Die Produktivität steigt und steigt – und wir sollen MEHR arbeiten? Und der Papst ist Kommunist?

7. Es wird uns gesagt, dass das Arbeitsrecht zu rigide sei – viele Unternehmer würden Arbeitslose erst gar nicht einstellen, weil sie diese später, bei schlechter Geschäftslage, nicht mehr loskriegen würden aufgrund des rigiden Kündigungsschutzes. Nehmen wir an, wir würden die Kündigungs-schutzfristen radikal auf die Hälfte reduzieren: Welcher Unternehmer würde einen Arbeitslosen (bei krisenbedingt schlechter Auftragslage!) zusätzlich einstellen, NUR WEIL er diesen in zwei Jahren statt in (so die derzeitige gesetzliche Regelung) vier Wochen in dann nur noch zwei Wochen wieder auf die Strasse setzen könnte? Leute einstellen, WEIL man sie besser entlassen kann?

8. Auf welchen wissenschaftlichen Begründungen beruht die überall erhobene Forderung, die sogenannte Staats- bzw. Sozialquote dürfe 40 Prozent des BIP nicht überschreiten? Was wäre daran so schlimm, wenn immer größere TEILE des WACHSTUMS des BIP in Richtung steigender Sozialausgaben (Renten etc.) umverteilt werden würden und die Sozialquote *in the long run* also auf 50, 60 oder gar irgendwann 70 Prozent steigen würde? ALLE hätten dann ABSOLUT mehr – obwohl der ANTEIL der Sozialausgaben am BIP steigen würde. Und warum sollte mit steigender Sozialquote die BÜROKRATIE anwachsen? GEGEBENE Sachbearbeiter würden einfach MEHR Geld überweisen...

9. Unter einer so hohen Sozialquote würde die Motivation der „Leistungsträger“ leiden? Aber wer sollte als Spitzenverdiener die Annahme von 300.000 zusätzlichen € verweigern (und gar auf Sozialhilfe „umsteigen“, wie einem gelegentlich gedroht wird) – nur weil diese „nur“ noch 30 Prozent von einer Million Bruttoeinkommen wären? Und warum nehmen jene Wirtschaftswissenschaftler und Wirtschaftspolitiker, die materielles Einkommen motivational in den Vordergrund stellen, nicht die motivationspsychologischen und -soziologischen Forschungsergebnisse zur Kenntnis, die EINDEUTIG nachweisen, dass berufliche Spitzenpositionen (in Wirtschaft, Wissenschaft, Politik etc.) nicht mehr primär wegen des Geldes anvisiert oder eingenommen werden, sondern weil sie mehr Eigenverantwortung, Selbstbestimmung, soziales Ansehen, Ruhm und Ehre, Reputation und Zufriedenheit versprechen?

10. Bei Sozialausgaben von bis zu 70 Prozent und produktivitätsadäquat wachsenden Nettolöhnen würden alle Unternehmen in Billiglohnländer abwandern? Aber warum tun sie dies nicht schon seit langer Zeit? In Portugal beispielsweise (seit langen Jahren Mitglied der EU und also des gemeinsamen Marktes) liegt der industrielle Brutto-Stundenlohn bei nur knapp 6

€/Std. – in der BRD hingegen bei über 25 €/Std.! Könnte es also sein, dass die Unternehmen lieber in Deutschland bleiben, weil es bei den sogenannten *Standortfaktoren* nicht nur auf absolute Stundenlöhne ankommt, sondern auch und vor allem auf Faktoren wie: Verkehrs- und Kommunikationsinfrastruktur, schulische und wissenschaftliche Ausbildung des Personals, Verlässlichkeit des Personals (in Deutschland wird so wenig gestreikt wie in kaum einem anderen Konkurrenzland!), Qualität aller staatlichen und privatwirtschaftlichen Forschungsinstitute, der staatlichen Wirtschaftspolitik, Quantität der nachfragestabilisierenden Sozialleistungen etc. pp.? Und könnte es sein, dass die Unternehmen hier bleiben, weil sie wissen, dass allein die *Lohnstückkosten* in der Kostenrechnung zählen (und nicht die absoluten Stundenlöhne) – und diese aufgrund der rasanten Produktivitätsentwicklung (Automatisierung, Robotisierung etc.) in der BRD seit langen Jahren weit weniger schnell steigen als in fast allen wichtigen Konkurrenzländern?

### **Ein alternatives wirtschaftliches Reformkonzept zur Güte**

Nach so vielen Fragen an die Wirtschaftswissenschaften und die Wirtschaftspolitik erlaube ich mir, ein alternatives wirtschaftliches Reformkonzept zur Diskussion vorzuschlagen:

1. Die Strategie für *Beschäftigung* lautet *Umverteilung von ‚oben‘ nach ‚unten‘* und damit Stärkung von Massenkaufkraft, Absatz, Produktion und Beschäftigung: Die Konsumquote liegt bei unteren Einkommen fast bei 100 Prozent, ja oft darüber (Verschuldung), d.h. dieses Einkommen geht vollständig in Konsum, Absatz, Produktion und also Beschäftigung. Mit steigenden Einkommen wächst die Sparquote und der Hang, das Geld weder konsumtiv noch produktiv (Investitionen) auszugeben, sondern zins-suchend die internationalen Finanzmärkte aufzublähen (mit nachfolgender Kapitalvernichtung in allbekannten Börsenkrächen), statt investiv Arbeit zu schaffen. Einzelne Maßnahmen der Einkommensumverteilung von *oben nach unten* werden unter Punkt 3 genannt.

2. Flankierend zu dieser grundlegenden Strategie der Umverteilung von oben nach unten sollte zu einer *Steuerfinanzierung ALLER* vorhandenen und langfristig *wachsenden* Sozialausgaben übergegangen werden, um die *Bruttolohnkosten* (nicht die *Nettolöhne!*) zu senken, die Arbeitsproduktivität entsprechend zu erhöhen und Arbeit also ‚billiger‘ und Beschäftigung also kostengünstiger und damit attraktiver zu machen.

Und das heißt: Abschaffung ALLER lohnbezogenen Sozialbeiträge (zur Kranken-, Renten-, Arbeitslosenversicherung etc.) und Finanzierung ALLER Sozialeinkommen (Grundrente, medizinisch hochwertige Grundversorgung, Arbeitslosengeld, Sozialhilfe etc.) über das allgemeine Steueraufkommen, also durch ALLE – und also auch durch Selbständige, Unternehmer, Beamte etc. als *Steuerzahler*. Die Befreiung der Löhne von allen So-

zialabgaben würde die *Nettolöhne* und also die *Kaufkraft* dramatisch *steigern* und die Unternehmen von ALLEN Sozialbeiträgen entlasten – und also Arbeit, wie gesagt, sehr viel billiger und damit Beschäftigung lohnender machen. Bei einem Bruttoinlandsprodukt (BIP) von derzeit etwa 2200 Milliarden € und einer Arbeitslosenquote von ca. 10 Prozent muß eine Stärkung der realen Massenkaukraft (mit folgender Absatz-, Produktions- und Beschäftigungsausweitung) also etwa in der Höhe von 220 Milliarden € erfolgen, um die Massenarbeitslosigkeit zu beseitigen. Die vollständige Finanzierung aller Sozialeinkommen aus dem allgemeinen Steueraufkommen umfasst (derzeit) etwa 40 Prozent des BIP (Sozialquote) – und langfristig eher 50, 60 oder 70 Prozent. Alle nachfolgend genannten steuerpolitischen Einkommensumverteilungen sind also in der Summe in dieser Größenordnung zu dimensionieren.

**3.** Als steuerpolitische Einzelmaßnahmen der Beschäftigung schaffenden Umverteilung von oben nach unten und der Finanzierung aller Sozialsysteme allein aus dem allgemeinen Steueraufkommen bieten sich an:

- a. Steigerung des **Spitzensteuersatzes auf 70 Prozent** (bei Einkommen über z.B. 200.000 € pro Jahr/Person) und Erhöhung des **Eingangssteuersatzes auf 25 Prozent** bei **Erhöhung des steuerfreien Grundeinkommens** (was bei Streichung ALLER lohnbezogenen Sozialbeiträge immer noch eine dramatische Erhöhung der *Nettolöhne* und also der *Kaufkraft* zur Folge hätte);
- b. Wiedereinführung einer **Vermögenssteuer**;
- c. Erhöhung der **Erbschaftssteuer** auf privates und Gewerbekapital (über z.B. 500.000 €) auf 70 Prozent (also auf die Höhe des Spitzensteuersatzes – auch ein Erbe ist ein Einkommen) bei Ermöglichung von Ratenzahlungen aus laufenden und zukünftigen Gewinnen, um die Weiterführung von Familienbetrieben etc. nicht zu gefährden;
- d. Einführung einer **Kapitalumsatzsteuer** bei Finanzgeschäften (Tobinsteuer) in der Höhe der normalen Umsatzsteuer, um spekulative Finanzströme zu unterbinden, die bekanntlich schon ganze Wirtschaftsregionen (Asienkrise, Lateinamerikakrise etc.) ins Verderben gestürzt haben;
- e. Erhöhung der **Umsatzsteuer**; das Argument, dass eine Erhöhung der Umsatzsteuer *unsozial* wäre, weil sie untere Einkommen *relativ* stärker trifft als hohe, zählt nicht, WENN die *primäre* Einkommensbesteuerung sozial- und leistungsgerecht IST (danach gilt nämlich ganz einfach und ganz gerecht: wer mehr konsumiert, zahlt mehr Umsatzsteuer);
- f. Erhöhung aller **Ökosteuern** (und Einführung einer Kerosinsteuer etc.) bis zu dem Punkt, ab dem das Steueraufkommen nicht mehr steigt (weil etwa der Verbrauch von Mineralöl stark zurückgeht);
- g. Erhöhung der **Tabak-** und **Alkoholsteuer** u.ä. bis zu dem Punkt, ab dem das Steueraufkommen nicht mehr steigt (weil die Leute weniger rauchen etc.).